

## AUS DER SESSION



**Massnahmen gegen Lohndiskriminierung**  
(sda) · Grosse Unternehmen sollen prüfen müssen, ob sie Männern und Frauen gleich viel zahlen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diese Massnahme gegen Lohndiskriminierung gutgeheissen, mit 108 zu 84 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Er verwässerte das Gesetz aber. Geht es nach dem Nationalrat, sollen Unternehmen erst ab 100 Vollzeitstellen zu Lohnanalysen verpflichtet werden. Zudem sollen Lernende nicht angerechnet werden. Gescheitert sind die SVP und die FDP mit dem Versuch, eine stufenweise Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre im Gesetz zu verankern. Der Rat sprach sich am Dienstag mit 109 zu 84 Stimmen bei einer Enthaltung dagegen aus. Die FDP und die SVP hatten gar nicht erst auf die Vorlage eintreten wollen. Sie konnten ihre Mehrheit im Rat aber nicht ausspielen. Die Vorlage geht nun wieder zurück an den Ständerat.

## Erweiterung der Antirassismusstrafnorm

(sda) · Der Nationalrat will die Antirassismusstrafnorm erweitern. Neben Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung soll auch Diskriminierung wegen Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt werden. Die grosse Kam-

mer hiess mit 118 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen Gesetzesentwurf gut, zu dem Mathias Reynard (sp., Wallis) 2013 mit einer parlamentarischen Initiative den Anstoss gegeben hatte. Er schlug vor, den Artikel im Strafgesetzbuch, der die Rassendiskriminierung unter Strafe stellt, um Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zu ergänzen. Damit sollen homo- und bisexuelle Personen vor Diskriminierung geschützt werden. Die Rechtskommission beschloss, zusätzlich die Geschlechtsidentität in die Bestimmung aufzunehmen. Der Rat folgte ihr. Nun ist der Ständerat am Zug.

## Agroscope als autonome Anstalt des Bundes

(sda) · Der Ständerat macht weiter Druck gegen die geplante Zentralisierung von Agroscope. Er verlangt, dass die Forschungsanstalt in eine autonome öffentlichrechtliche Anstalt des Bundes umgewandelt wird. Damit hätte sie die gleichen Rahmenbedingungen wie die ETH. Mit 34 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmte die kleine Kammer einer Motion von Brigitte Häberli-Koller (Thurgau, cvp.) zu. Damit hat der Nationalrat das letzte Wort.

## Für einen Mindestlohn nach kantonalen Gesetzen

(sda) · Ausländische Arbeitgeber, die Angestellte in die Schweiz entsenden, sollen diesen Mindestlöhne nach kantonalen Gesetzen zahlen müssen. Der Ständerat hat einer Motion von Fabio Abate (Tessin, fdp.) zugestimmt. Abate möchte den Bundesrat beauftragen, das Entsendegesetz zu ändern. Er begründet dies mit der Annahme einer kantonalen Volksinitiative. In der Tessiner Verfassung ist seither der Anspruch auf einen Mindestlohn verankert. Das Gesetz sieht einen Mindestlohn zwischen 18 Franken 75 und 19 Franken 25 pro Stunde vor.

## Palmöl soll Teil der Verhandlungen bleiben

Ständerat entscheidet mit Stichentscheid der Präsidentin

ase./sda) · Johann Schneider-Ammann war am Dienstag ein äusserst vielbeschäftigter Mann. Fast zeitgleich mit der Bekanntgabe seines Rücktrittes musste der Wirtschaftsminister im Ständerat dafür kämpfen, dass eine seiner wichtigsten Verhandlungen nicht Schiffbruch erleidet. Konkret ging es um eine Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin. Der Landwirt aus dem Kanton Waadt verlangte nämlich, dass das umstrittene Palmöl vom Freihandelsabkommen mit Malaysia ausgeklammert wird. Der Nationalrat hat dieser Forderung früher bereits deutlich zugestimmt.

Nach Ansicht des Bundesrates würde das Ausklammern dieses Exportprodukts, das für Malaysia wie auch für Indonesien eine eminente Bedeutung hat, den Abschluss von Freihandelsabkommen verunmöglichen. Entsprechend engagiert warf sich Schneider-Ammann in die Bresche. Er appellierte an die kleine Kammer, den Bundesrat verhandeln zu lassen und nicht unmögliche Konzessionen zu verlangen.

Die Minderheit der Aussenpolitischen Kommission beantragte, der Motion Grin Folge zu geben. Bedenken gegen Palmöl, für dessen Gewinnung grosse Regenwaldgebiete abgeholzt werden, kamen aus landwirtschaftlichen Kreisen. So erklärte Ständerat Peter Hegglin (Zug, cvp.), die Milchwirtschaft habe vor kurzem beschlossen, ganz auf dieses Produkt zu verzichten. Der Nachhaltigkeit müsse über die ganze Wertschöpfungskette hinweg Rechnung getragen werden. Thomas Minder (Schaffhausen, parteilos) erklärte, es sei für Firmen überhaupt kein Problem, bei der Produktion von Nahrungsmitteln auf

Palmöl zu verzichten. Wenn man dies nicht tue und verantwortungslos handle, ver helfe man der Konzernverantwortungsinitiative zum Durchbruch.

Die Kommission sei sich der ökologischen und sozialen Probleme durchaus bewusst, erklärte deren Sprecher Filippo Lombardi (Tessin, cvp.). Eine Ausklammerung des umstrittenen Produkts sei jedoch nicht zielführend. Dies wäre, als ob die Schweiz im Rahmen eines Freihandelsabkommens keine Uhren, Schokolade, Käse oder Pharmaprodukte exportieren dürfte. **Damian Müller (Luzern, fdp.) kritisierte die Bauern. Sie schlachteten das Huhn, das goldene Eier lege. Wenn man mit Malaysia keinen Freihandel betreibe, rette dies keinen einzigen Quadratmeter Regenwald.**

Schliesslich lautete das Resultat in der Abstimmung unentschieden, so dass Ratspräsidentin Karin Keller-Sutter den Stichentscheid geben musste. Wie in solchen Fällen üblich, stimmte sie mit der Kommissionsmehrheit, so dass die Schweiz weiter auf einen Erfolg der Verhandlungen hoffen darf. Als Kompromiss schlägt die Kommission einen Mittelweg vor, sie hat eine eigene Motion eingereicht, die stillschweigend angenommen wurde.

Der Bundesrat soll demnach sicherstellen, dass in den Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien keine Konzessionen für Palmöl gewährt werden, die die einheimische Ölsaatenproduktion wie etwa Rapsöl reduzieren. Ausserdem soll die Landesregierung Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion von Palmöl leisten, und sich an der Erarbeitung von internationalen Standards beteiligen.

«Reflexe», Seite 38

## Ein Zeichen für Milchkontingent

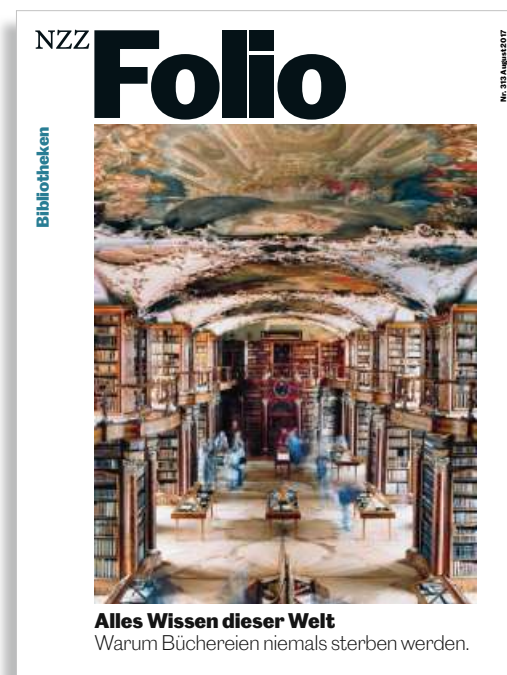
Nationalrat gibt drei Standesinitiativen Folge

(sda) · Der Nationalrat setzt ein Zeichen für eine Mengensteuerung im Milchmarkt. Er hat am Dienstag drei vom Ständerat abgelehnten Standesinitiativen Folge gegeben, die Massnahmen gegen Überproduktion und fallende Preise forderten. Die Milchkontingentierung wurde vor fast zehn Jahren abgeschafft. Im Gegensatz zum Ständerat sagte am Dienstag der Nationalrat Ja zu den Standesinitiativen von Freiburg, Genf und Jura, die für den gebeutelten Milchmarkt eine verbindliche Steuerung der Milchmenge forderten mit dem Ziel, die tiefen Preise zu stabilisieren.

Die Mehrheit der Wirtschaftskommission (WAK) hatte die Initiativen abgelehnt. Sprecher Beat Jans (sp., Basel) räumte ein, dass die Situation für Milchbauern problematisch sei und viele Bauernfamilien stark belastet. Im Milchsektor gebe es aber grosse Unterschiede, sagte Jans. Beliebte und innovative Produkte lösten einen guten Preis. Eine Minderheit um den St. Galler SVP-Nationalrat Toni Brunner wollte den Initiativen jedoch Folge geben, um ein Zeichen zu setzen und der in einem schwierigen Markt tätigen Branche unter die Arme zu greifen. Die Minderheit drang damit durch. Deshalb ist nun wieder der Ständerat am Zug.

Dank Stimmen der SVP sowie aus den Fraktionen von CVP und Grünen wurde die Standesinitiative des Jura mit 91 zu 70 Stimmen bei 21 Enthaltungen unterstützt. Der Freiburger Initiative gab der Rat mit 88 zu 75 Stimmen bei 22 Enthaltungen Folge und dem Vorstoss aus Genf mit 89 zu 72 Stimmen bei 25 Enthaltungen. Der Bundesrat hatte sich gegen die Initiativen ausgesprochen.

«Reflexe», Seite 38



## Das «NZZ Folio» geht Themen auf den Grund

Das Monatsmagazin der NZZ greift bewegende und über den Tag hinaus aktuelle Themen aus verschiedenen Lebensbereichen auf. Neben einer fundierten Recherche bietet es neue Perspektiven und sorgt damit für ein inspirierendes Lesevergnügen.

Im Probeabo lesen:  
[nzz.ch/folio18](http://nzz.ch/folio18)

Einzelausgabe bestellen:  
[folio.nzz.ch/heftbestellung](http://folio.nzz.ch/heftbestellung)

Nur solange Vorrat reicht

Jetzt entdecken!